

gerade zweifelhaft, ob der § 42 die Kreisordnung treffen soll. Die dem Paragraphen vorhergehenden Bestimmungen stellen sich vielmehr an die Stelle der Kreisordnung. Diese letzte zu ergründen, ist also gar kein Bedürfnis. — Abg. Zelle: Die heutige Debatte bestärkt mich nur noch mehr in der Absicht, den ganzen § 42 fortzulassen; wenn diese Wenigen, die heute über den Paragraphen gesprochen haben, sich über den Sinn so wenig einigen können, so ist es wohl nur zweckmäßig, es bei den ohnehin geltenden Rechtsregeln zu belassen. Alle scheinen doch darüber einig zu sein, daß der Paragraph überflüssig ist. — Abg. Lasker: Wer hat denn zugestanden, daß dieser Paragraph überflüssig ist? Aber die Worte „durch die Vorchriften der Kreisordnung“ müssen darin aufgenommen werden, nicht für das Publikum, sondern für die Behörden. — Reg.-Commissar v. Brauchitsch: Die Regierung ist mit der Interpretation des Abg. Lasker einverstanden und bittet, den Paragraphen auch jetzt anzunehmen. Der Vorschlag des Abg. Windthorst ist nicht eine Declaration, die der § 42 geben soll, sondern etwas ganz Selbstverständliches. — Der Minister des Innern erklärt, daß er sofort nach Annahme des Paragraphen einen den Intentionen des Hauses entsprechende Declaration der betreffenden Paragraphen der Kreisordnung in einer Circularverfügung zur Kenntnis der Behörden bringen werde. — Abg. Miguel: Der Antrag Windthorst unterscheidet sich von dem früheren § 42 nur darin, daß er die Erwähnung der Kreisordnung fortläßt. Gerade in der Declaration der Kreisordnung aber finde ich das Wesen der Sache. Denn wenn nicht deren falsche Interpretation vorläge, hätten wir keinen Grund, diesen Paragraphen anzunehmen. — Abg. Ebert: Die Aufrechterhaltung des § 42 ist notwendig, nicht im Interesse der Autonomie und der Freiheit, sondern des Polizeistaats. Er ruft den Organen der Selbstverwaltung zu: „Büdet Euch nicht ein, daß Ihr auf eigenen Füßen steht, daß Ihr selbstständig seid. Er ist Ausdruck des Verbauchs gegen die Selbstverwaltung. Ich bitte Sie, den § 42 zu streichen.“ — Der Antrag Windthorst (Bielefeld) wird darauf abgelehnt, der § 42 in der Sitzung der zweiten Lefung angenommen.

Abg. Köhler (Göttingen) und v. Tuny beantragen folgenden neuen § 42a: „In den Theilen des preußischen Staates, in welchen die Provinzialordnung vom 29. Juni 1875 nicht gilt, findet gegen den Bescheid der Regierung (Landkreise), welcher auf Beschwerde über eine polizeiliche Verfügung der Orts- und Kreis-Polizeibehörden ergangen ist, die Klage beim Ober-Verwaltungsgericht statt. Die Klage schließt die Beschwerde an den Minister aus. Wird Beschwerde und Klage erhoben, so ist die Klage durch Bescheid zurückzuweisen.“ Hierzu stellt Abg. v. Heeren am das Unteramendement nach dem Worte „Beschwerde“ einzufügen: „oder über Androhung und Festsetzung eines Zwangsmittels.“ — Abg. Köhler will mit seinem Antrage die Revisionsklage gegen polizeiliche Verfügungen auf das ganze Land ausdehnen und so durch die Einführung des Verwaltungsstreitverfahrens auch in den westlichen Provinzen einen größeren Rechtschutz gegen Polizeiwillkür gewähren. — Geh.-Rath v. Brauchitsch: Es sei keine rationelle Gesetzgebung, wenn man im letzten Stadium der Berathung alleinerst mit der Vorlage zusammenhängenden Materien in dasselbe hineinzubringen sucht, ohne daß die Regierung einigermaßen die Tragweite der neuen Bestimmung übersehen könne. Ebenso wenig wie man bei einer Vorlage über eine Eisenbahn in Pommern ein Amendingement stellen könnte, eine Bahn am Rhein zu bauen, so wenig könne ohne irgend welche Vorbereitung die Regierung diesen Antrag annehmen. — Abg. Gneist weist auf die Schwierigkeit hin, den Begriff einer Polizeiverfügung zu definieren. Unsere Verwaltungsgegesetzgebung sei zu spezialistisch, als daß man überall und in jeder Beziehung die Rechtskontrolle durchführen könne. Die Frage lasse sich wohl an der Hand einer ganz bestimmten Organisation, wie die Kreis- und Provinzialordnung, nach Maßgabe des hervortretenden Bedürfnisses lösen, eine derartige Lösung aber auf solche Gebiete zu übertragen, wo diese Organisation nicht gelte, sei sehr bedenklich. — Abg. v. Heeren am ist mit dem Zwecke des Antrages Köhler vollständig einverstanden, auch den übrigen Provinzen die Wohlthat der Rechtskontrolle zu gewähren und bezieht mit seinem Unterantrage, diesen Zweck in weiterem Umfange zu erreichen. — Abg. v. Bismarck (Kielow) erklärt sich gegen den Antrag Köhler, weil man seine Folgen nicht übersehen könne. — Die Anträge v. Heeren und Köhler werden abgelehnt.

Die §§ 43—73 werden ohne Debatte unverändert genehmigt. — Der § 74, welcher bestimmt, daß die Staatsaufsicht über die Verwaltung der Angelegenheiten der Kreise unter Mitwirkung des Bezirksraths beziehungsweise Provinzialrats von dem Regierungspräsidenten, in höherer Instanz von dem Oberpräsidenten ausgeübt werden soll, wird mit der vom Abg. Hänel beantragten Änderung, statt der Worte „der Kreise“ zu setzen, „der Landkreise und des Stadtkreises Magdeburg“ angenommen. — §§ 75 bis 117 werden unverändert genehmigt.

Abg. Stengel beantragt folgenden neuen § 117a einzufügen: „Der Kreis- (Stadt)-Ausschuß beschließt an Stelle der Ortspolizeibehörde über das Verbot der Zulieferung des zum Betrieb der Färbereien, Gerbereien, Weben und anderen gewerblichen Anlagen benutzten Wassers.“ — Abg. Stengel: Es sei nach dem Vorgange Englands zu beweisen, daß man in dieser Beziehung zu festen Normen kommen könne, man werde immer das gegenseitige Interesse gewissenhaft abwägen müssen und hierfür biete der collegialen Kreisausschüsse eine größere Garantie als eine einzelne polizeiliche Person. — Geh.-Rath v. Brauchitsch: Ein solches Eingreifen sei häufig in diesen Dingen nötig, und deshalb empfehle es sich, diese Befugnisse in die Hand einer einzelnen Person zu legen. Lebriegen sei ja gegen die getroffene Verfügung das Verwaltungsstreitverfahren und der Beschwerdebweg zulässig. — Abg. Miguel empfiehlt den Antrag auch deshalb abzulehnen, weil es nicht ratsam erscheine, so weitgehende Anträge erst in dritter Berathung des Gesetzes einzufügen. — Abg. Birchow glaubt, daß die Aufnahme der Bestimmung nötig sei, weil Entscheidungen über so wichtige Interessen von technisch erfahrenen Leuten getroffen werden müßten, welche eher im Kreisausschuss als bei dem Amtsvertreter zu finden seien und weil schlemige Erledigung der Beschwerden nur in selteneren Fällen nötig sei. — Der Antrag Stengel wird darauf abgelehnt.

Die §§ 118 bis 170 werden genehmigt. Der § 171 überträgt die Vollziehung der vom Bezirksrath oder Provinzialrat getroffenen Bestimmungen den resp. Vorstehenden und läßt dagegen innerhalb 10 Tagen neue Beschwerden zu. Auf den Antrag der Abg. Hänel und Lasker wird diese Bestimmung gestrichen. §§ 172 und 173 werden genehmigt. — § 174 regelt die Organisation der Verwaltungs-Instanzbehörden für den Stadtkreis Berlin. Auf den Antrag von Hänel u. n. Gedenk der Abg. Persius befürwortet, wird folgende Fassung angenommen: „Bis zum Erlasse der im § 2 der Provinzialordnung vom 29. Juni 1875 erwähnten Gesetzes finden die Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes auf den Stadtkreis Berlin mit folgenden Maßgaben Anwendung: 1) An die Stelle des Bezirksrathes tritt in den Fällen der §§ 127 bis 129, 139 und 160 (Entscheidung über gewerbliche Anlagen usw.) die erste Abteilung des Polizeipräsidiums zu Berlin, in allen übrigen Fällen der Oberpräsident. 2) An die Stelle des Provinzialrathes tritt in den Fällen, in welchen der selbe in erster Instanz beschließt, der Oberpräsident, in den übrigen Fällen der zuständige Minister. 3) An die Stelle des Regierungspräsidenten tritt in den

Fällen der §§ 132, 134, 152, 153 und 164 (Concessions zu Privataufenanstanften, Schauspielunterhaltungen, zum Betriebe des Handgewerbes, Zulassung von Hülfestassen usw.) der Polizeipräsidient von Berlin, in den Fällen des § 157 der Oberpräsident. 4) In den Fällen des § 33 Lit. b. bezeichnungsweise des § 37 (Androhung von Zwangsmittel) findet die Beschwerde an den Oberpräsidenten und gegen dessen Bescheid nur die Klage bei dem Oberverwaltungsgericht statt. 5) Für den Stadtkreis Berlin wird nach näherer Vorlesung des Gesetzes, betreffend die Verfassung der Verwaltungsgerichte usw. vom 3. Juli 1875, ein besonderes Bezirksverwaltungsgericht eingeführt. Die zu wählenden Mitglieder desselben und deren Stellvertreter werden von dem Magistrate und der Stadtverordneten-Versammlung unter dem Vorstehe des Bürgermeisters gewählt. Die in dem Gesetz vom 3. Juli 1875 dem Regierungspräsidenten beigelegten Befugnisse werden von dem Oberpräsidenten wahrgenommen.“

Abg. Rickert beantragt hinter § 176 folgenderen neuen Paragraphen einzufügen: „Zur Fassung gültige Beschlüsse des Oberverwaltungsgerichts ist fortan die Theilnahme von wenigstens fünf auf Lebenszeit ernannten Mitgliedern erforderlich. Die Stelle eines Mitgliedes des Oberverwaltungsgerichts darf ferner als Nebenamt nicht verliehen werden.“ Abg. v. Bismarck (Kielow) schlägt vor, für den Fall der Annahme des Antrages Rickert dem Al. 1 folgende Fassung zu geben: „Zur Fassung gültiger Beschlüsse des Oberverwaltungsgerichts ist vom 1. Januar 1877 ab die Theilnahme einer Mehrheit von solchen Mitgliedern erforderlich, welche auf Lebenszeit ernannt sind.“ Abg. Zelle: „Die in dem Gesetz vom 3. Juli 1875 dem Regierungspräsidenten beigelegten Befugnisse werden von dem Oberpräsidenten wahrgenommen.“

Abg. Jung: Der Antrag kann durch Ortsstatut bis auf 12 M. erhöht werden.“ — Abg. Röderath: Der Antrag Jung bedeutet, daß in den größeren Städten östlicher Provinzen zwei Drittel der Einwohner von dem Gemeindebeirgerchte ausgeschlossen werden können. In den westlichen Provinzen wird die Wirkung eine ebenso erhebliche nicht sein. Es ist interessant, daß der Abg. Jung zwei Drittel der Einwohner ausschließen will, derselbe Abgeordnete, der 1848 (ebenso Unruhe) auf den Schultern der Leute gestiegen ist, die er anschließt. — Abg. Jung: Der Vorredner hätte sich das billige Moment schenken können, mich am 1848 zu verweisen. Ich schäme mich nicht, daß ich mit der Geschichte gelernt habe, daß ich mit der alten Politik und damit auch bei den Leuten gebrochen habe mit denen ich früher eins war. Darauf bin ich stolz.“

Mein Antrag bezweckt, das zu erreichen, was das Interesse des Staates ist, daß er in den Communen solche Leute findet, die keine Interessen willig vertreten.“ Mit der Debatte über den vorliegenden Paragraphen wird gleichzeitig die zweite Berathung des Bezirksständigen Antrages der Abg. Lasker und Klop (Berlin) betreffend die Befreiung der Mitglieder des Oberverwaltungsgerichts verbunden. — Reg.-Hänel: Bei der Einrichtung des Oberverwaltungsgerichts war von der Regierung beabsichtigt, sämtliche Mitglieder derselben auf Lebenszeit anzustellen; von Abgeordneten aus, dagegen wurden noch für das Leibergangsstadium bis 1880 eine Reihe von Stellen zugelassen, die als Nebenämter verwaltet wurden und deren Besetzung mit Ministerialbeamten in einer Weitstafand, daß sich die letzteren geradezu in die verschiedenen Rechtsorts vertheilten. Es war schließlich in das Kriegsministerium nicht vertreten. Zu Bezug an diesen Zustand war am 24. Februar d. J. der Antrag Lasker eingebracht, welcher die etatmäßige Bewilligung der zur definitiven Besetzung der Stellen erforderlichen Geldmittel forderte. Er stützte sich dabei vorzüglich an zwei Gründen: erstens, daß dem Oberverwaltungsgericht ein wesentlicher Mangel an judiciellen Elementen vorzuwerfen sei, während man doch in der Theorie und Praxis gleichmäßig ausgebildete Juristen haben möchte und zweitens, daß es prinzipiell verwerflich sei, derartige Stellen als Nebenämter zu besetzen. Der Minister des Innern erklärte damals, daß er prinzipielle Bedenken gegen den Antrag Lasker nicht habe, und daß bei der Regierung die Absicht bestehe, die Besetzung der Stellen als Nebenämter fallen zu lassen. In Folge dessen hätte man wohl erwarten können, daß die Regierung die Initiative zu einer Änderung des bisherigen Zustandes ergreifen werde; dies ist aber nicht geschehen und so hat sich die Commission veranlaßt gegeben, Ihnen folgenden Gesetzesparagraphen vorzuschlagen: „Von 1. September 1876 ab können am Oberverwaltungsgericht nur solche Mitglieder Theil nehmen, deren Ernennung auf Lebenszeit erfolgt ist. Der § 88 des Gesetzes betrifft die Verfassung der Verwaltungsgerichts und das Verwaltungsstreitverfahren vom 3. Juli 1875 wird aufgehoben.“

Weber im Plenum noch in die Commission sind irgend welche Gründe persönlich derartig Stellen als Nebenämter zu besetzen, die Abgeordnetenbaus direkt widersprechen.

Abg. Hänel: Bei der Einrichtung des Oberverwaltungsgerichts war von der Regierung beabsichtigt, sämtliche Mitglieder derselben auf Lebenszeit anzustellen; von Abgeordneten aus, dagegen wurden noch für das Leibergangsstadium bis 1880 eine Reihe von Stellen zugelassen, die als Nebenämter verwaltet wurden und deren Besetzung mit Ministerialbeamten in einer Weitstafand, daß sich die letzteren geradezu in die verschiedenen Rechtsorts vertheilten. Es war schließlich in das Kriegsministerium nicht vertreten. Zu Bezug an diesen Zustand war am 24. Februar d. J. der Antrag Lasker eingebracht, welcher die etatmäßige Bewilligung der zur definitiven Besetzung der Stellen erforderlichen Geldmittel forderte. Er stützte sich dabei vorzüglich an zwei Gründen: erstens, daß dem Oberverwaltungsgericht ein wesentlicher Mangel an judiciellen Elementen vorzuwerfen sei, während man doch in der Theorie und Praxis gleichmäßig ausgebildete Juristen haben möchte und zweitens, daß es prinzipiell verwerflich sei, derartige Stellen als Nebenämter zu besetzen. Der Minister des Innern erklärte damals, daß er prinzipielle Bedenken gegen den Antrag Lasker nicht habe, und daß bei der Regierung die Absicht bestehe, die Besetzung der Stellen als Nebenämter fallen zu lassen. In Folge dessen hätte man wohl erwarten können, daß die Regierung die Initiative zu einer Änderung des bisherigen Zustandes ergreifen werde; dies ist aber nicht geschehen und so hat sich die Commission veranlaßt gegeben, Ihnen folgenden Gesetzesparagraphen vorzuschlagen: „Von 1. September 1876 ab können am Oberverwaltungsgericht nur solche Mitglieder Theil nehmen, deren Ernennung auf Lebenszeit erfolgt ist. Der § 88 des Gesetzes betrifft die Verfassung der Verwaltungsgerichts und das Verwaltungsstreitverfahren vom 3. Juli 1875 wird aufgehoben.“

Weber im Plenum noch in die Commission sind irgend welche Gründe persönlich derartig Stellen als Nebenämter zu besetzen, die Abgeordnetenbaus direkt widersprechen.

Abg. Hänel: Bei der Einrichtung des Oberverwaltungsgerichts war von der Regierung beabsichtigt, sämtliche Mitglieder derselben auf Lebenszeit anzustellen; von Abgeordneten aus, dagegen wurden noch für das Leibergangsstadium bis 1880 eine Reihe von Stellen zugelassen, die als Nebenämter verwaltet wurden und deren Besetzung mit Ministerialbeamten in einer Weitstafand, daß sich die letzteren geradezu in die verschiedenen Rechtsorts vertheilten. Es war schließlich in das Kriegsministerium nicht vertreten. Zu Bezug an diesen Zustand war am 24. Februar d. J. der Antrag Lasker eingebracht, welcher die etatmäßige Bewilligung der zur definitiven Besetzung der Stellen erforderlichen Geldmittel forderte. Er stützte sich dabei vorzüglich an zwei Gründen: erstens, daß dem Oberverwaltungsgericht ein wesentlicher Mangel an judiciellen Elementen vorzuwerfen sei, während man doch in der Theorie und Praxis gleichmäßig ausgebildete Juristen haben möchte und zweitens, daß es prinzipiell verwerflich sei, derartige Stellen als Nebenämter zu besetzen. Der Minister des Innern erklärte damals, daß er prinzipielle Bedenken gegen den Antrag Lasker nicht habe, und daß bei der Regierung die Absicht bestehe, die Besetzung der Stellen als Nebenämter fallen zu lassen. In Folge dessen hätte man wohl erwarten können, daß die Regierung die Initiative zu einer Änderung des bisherigen Zustandes ergreifen werde; dies ist aber nicht geschehen und so hat sich die Commission veranlaßt gegeben, Ihnen folgenden Gesetzesparagraphen vorzuschlagen: „Von 1. September 1876 ab können am Oberverwaltungsgericht nur solche Mitglieder Theil nehmen, deren Ernennung auf Lebenszeit erfolgt ist. Der § 88 des Gesetzes betrifft die Verfassung der Verwaltungsgerichts und das Verwaltungsstreitverfahren vom 3. Juli 1875 wird aufgehoben.“

Weber im Plenum noch in die Commission sind irgend welche Gründe persönlich derartig Stellen als Nebenämter zu besetzen, die Abgeordnetenbaus direkt widersprechen.

Abg. Hänel: Bei der Einrichtung des Oberverwaltungsgerichts war von der Regierung beabsichtigt, sämtliche Mitglieder derselben auf Lebenszeit anzustellen; von Abgeordneten aus, dagegen wurden noch für das Leibergangsstadium bis 1880 eine Reihe von Stellen zugelassen, die als Nebenämter verwaltet wurden und deren Besetzung mit Ministerialbeamten in einer Weitstafand, daß sich die letzteren geradezu in die verschiedenen Rechtsorts vertheilten. Es war schließlich in das Kriegsministerium nicht vertreten. Zu Bezug an diesen Zustand war am 24. Februar d. J. der Antrag Lasker eingebracht, welcher die etatmäßige Bewilligung der zur definitiven Besetzung der Stellen erforderlichen Geldmittel forderte. Er stützte sich dabei vorzüglich an zwei Gründen: erstens, daß dem Oberverwaltungsgericht ein wesentlicher Mangel an judiciellen Elementen vorzuwerfen sei, während man doch in der Theorie und Praxis gleichmäßig ausgebildete Juristen haben möchte und zweitens, daß es prinzipiell verwerflich sei, derartige Stellen als Nebenämter zu besetzen. Der Minister des Innern erklärte damals, daß er prinzipielle Bedenken gegen den Antrag Lasker nicht habe, und daß bei der Regierung die Absicht bestehe, die Besetzung der Stellen als Nebenämter fallen zu lassen. In Folge dessen hätte man wohl erwarten können, daß die Regierung die Initiative zu einer Änderung des bisherigen Zustandes ergreifen werde; dies ist aber nicht geschehen und so hat sich die Commission veranlaßt gegeben, Ihnen folgenden Gesetzesparagraphen vorzuschlagen: „Von 1. September 1876 ab können am Oberverwaltungsgericht nur solche Mitglieder Theil nehmen, deren Ernennung auf Lebenszeit erfolgt ist. Der § 88 des Gesetzes betrifft die Verfassung der Verwaltungsgerichts und das Verwaltungsstreitverfahren vom 3. Juli 1875 wird aufgehoben.“

Weber im Plenum noch in die Commission sind irgend welche Gründe persönlich derartig Stellen als Nebenämter zu besetzen, die Abgeordnetenbaus direkt widersprechen.

Abg. Hänel: Bei der Einrichtung des Oberverwaltungsgerichts war von der Regierung beabsichtigt, sämtliche Mitglieder derselben auf Lebenszeit anzustellen; von Abgeordneten aus, dagegen wurden noch für das Leibergangsstadium bis 1880 eine Reihe von Stellen zugelassen, die als Nebenämter verwaltet wurden und deren Besetzung mit Ministerialbeamten in einer Weitstafand, daß sich die letzteren geradezu in die verschiedenen Rechtsorts vertheilten. Es war schließlich in das Kriegsministerium nicht vertreten. Zu Bezug an diesen Zustand war am 24. Februar d. J. der Antrag Lasker eingebracht, welcher die etatmäßige Bewilligung der zur definitiven Besetzung der Stellen erforderlichen Geldmittel forderte. Er stützte sich dabei vorzüglich an zwei Gründen: erstens, daß dem Oberverwaltungsgericht ein wesentlicher Mangel an judiciellen Elementen vorzuwerfen sei, während man doch in der Theorie und Praxis gleichmäßig ausgebildete Juristen haben möchte und zweitens, daß es prinzipiell verwerflich sei, derartige Stellen als Nebenämter zu besetzen. Der Minister des Innern erklärte damals, daß er prinzipielle Bedenken gegen den Antrag Lasker nicht habe, und daß bei der Regierung die Absicht bestehe, die Besetzung der Stellen als Nebenämter fallen zu lassen. In Folge dessen hätte man wohl erwarten können, daß die Regierung die Initiative zu einer Änderung des bisherigen Zustandes ergreifen werde; dies ist aber nicht geschehen und so hat sich die Commission veranlaßt gegeben, Ihnen folgenden Gesetzesparagraphen vorzuschlagen: „Von 1. September 1876 ab können am Oberverwaltungsgericht nur solche Mitglieder Theil nehmen, deren Ernennung auf Lebenszeit erfolgt ist. Der § 88 des Gesetzes betrifft die Verfassung der Verwaltungsgerichts und das Verwaltungsstreitverfahren vom 3. Juli 1875 wird aufgehoben.“

Weber im Plenum noch in die Commission sind irgend welche Gründe persönlich derartig Stellen als Nebenämter zu besetzen, die Abgeordnetenbaus direkt widersprechen.

Abg. Hänel: Bei der Einrichtung des Oberverwaltungsgerichts war von der Regierung beabsichtigt, sämtliche Mitglieder derselben auf Lebenszeit anzustellen; von Abgeordneten aus, dagegen wurden noch für das Leibergangsstadium bis 1880 eine Reihe von Stellen zugelassen, die als Nebenämter verwaltet wurden und deren Besetzung mit Ministerialbeamten in einer Weitstafand, daß sich die letzteren geradezu in die verschiedenen Rechtsorts vertheilten. Es war schließlich in das Kriegsministerium nicht vertreten. Zu Bezug an diesen Zustand war am 24. Februar d. J. der Antrag Lasker eingebracht, welcher die etatmäßige Bewilligung der zur definitiven Besetzung der Stellen erforderlichen Geldmittel forderte. Er stützte sich dabei vorzüglich an zwei Gründen: erstens, daß dem Oberverwaltungsgericht ein wesentlicher Mangel an judiciellen Elementen vorzuwerfen sei, während man doch in der Theorie und Praxis gleichmäßig ausgebildete Juristen haben möchte und zweitens, daß es prinzipiell verwerflich sei, derartige Stellen als Nebenämter zu besetzen. Der Minister des Innern erklärte damals, daß er prinzipielle Bedenken gegen den Antrag Lasker nicht habe, und daß bei der Regierung die Absicht bestehe, die Besetzung der Stellen als Nebenämter fallen zu lassen. In Folge dessen hätte man wohl erwarten können, daß die Regierung die Initiative zu einer Änderung des bisherigen Zustandes ergreifen werde; dies ist aber nicht geschehen und so hat sich die Commission veranlaßt gegeben, Ihnen folgenden Gesetzesparagraphen vorzuschlagen: „Von 1. September 1876 ab können am Oberverwaltungsgericht nur solche Mitglieder Theil nehmen, deren Ernennung auf Lebenszeit erfolgt ist. Der § 88 des Gesetzes betrifft die Verfassung der Verwaltungsgerichts und das Verwaltungsstreitverfahren vom 3. Juli 1875 wird aufgehoben.“

Weber im Plenum noch in die Commission sind irgend welche Gründe persönlich derartig Stellen als Nebenämter zu besetzen, die Abgeordnetenbaus direkt widersprechen.

Abg. Hänel: Bei der Einrichtung des Oberverwaltungsgerichts war von der Regierung beabsichtigt, sämtliche Mitglieder derselben auf Lebenszeit anzustellen; von Abgeordneten aus, dagegen wurden noch für das Leibergangsstadium bis 1880 eine Reihe von Stellen zugelassen, die als Nebenämter verwaltet wurden und deren Besetzung mit Ministerialbeamten in einer Weitstafand, daß sich die letzteren geradezu in die verschiedenen Rechtsorts vertheilten. Es war schließlich in das Kriegsministerium nicht vertreten. Zu Bezug an diesen Zustand war am 24. Februar d. J. der Antrag Lasker eingebracht, welcher die etatmäßige Bewilligung der zur definitiven Besetzung der Stellen erforderlichen Geldmittel forderte. Er stützte sich dabei vorzüglich an zwei Gründen: erstens, daß dem Oberverwaltungsgericht ein wesentlicher Mangel an judiciellen Elementen vorzuwerfen sei, während man doch in der Theorie und Praxis gleichmäßig ausgebildete Juristen haben möchte und zweitens, daß es prinzipiell verwerflich sei, derartige Stellen als Nebenämter zu besetzen. Der Minister des Innern erklärte damals, daß er prinzipielle Bedenken gegen den Antrag Lasker nicht habe, und daß bei der Regierung die Absicht bestehe, die Besetzung der Stellen als Nebenämter fallen zu lassen. In Folge dessen hätte man wohl erwarten können, daß die Regierung die Initiative zu einer Änderung des bisherigen Zustandes ergreifen werde; dies ist aber nicht geschehen und so hat sich die Commission veranlaßt gegeben, Ihnen folgenden Gesetzesparagraphen vorzuschlagen: „Von 1. September 1876 ab können am Oberverwaltungsgericht nur solche Mitglieder The

mittelbaren Sommervorstädte von Berlin und Breslau, also in allen Bezügen ganz besonders engültig mit den Strömungen der liberalen Großstädte, von denen das Gelreichtum sie leben, und befinden sich noch verhältnismäßig sehr wohl." Darum erscheint die Sache Niendorf als "gar kein Wunder." Also die Leute befinden sich dort noch zu wohl, sie müssen noch mehr herunterkommen, ehe sie für den Ackerbau ausreisen. Es ist auch ein anerkennenswerthes Zugeständnis, daß die Leute dort sich nicht gegen die Städter einnehmen lassen, wo sie sie kennen.

Italien feiert heute den 700-jährigen Gedächtnis der Schlacht von Legnano. Als Kaiser Wilhelm im vorigen Jahre in Mailand den König des neuen Italiens begrüßte, suchten die Clericalen, welche ein zu enges Bündnis mit dem verhafteten Deutschland fürchteten, den Tag aus dem Staube hervor, an dem einst Barbarossa von Italienern besiegt wurde, und der Vorschlag der Feier fand bald allgemeinen Anklang. Genau ist der Tag zwar nicht, was man in Italien aus ihm macht; denn bei Legnano standen Italiener hübner und drüber; aber doch ist er nicht ohne Bedeutung. Weil wir nicht im Entferntesten daran denken, je mals die Wege Barbarossa's zu wandern, hat die Feier an sich für uns nichts Verlebendes. Wenn die Italiener unsere Hermannsfeier als nicht ganz schicklich fanden und uns gewissermaßen dafür entglichen wollen, so ist das freilich ein sehr erfreuliches, aber unter den obwaltenden Verhältnissen auch kein bedenkliches Zeichen.

Aus Paris erhält die „Kölner Zeitung“ sonderbare Nachrichten über eine buntfarbige Verschwörung gegen die spanische Regierung oder den Thron Don Alfonso's, welche durch obige telegraphische Nachricht aus Tolosa bestätigt zu werden scheint. (W. T.)

Ruiz Zorrilla, der in Paris weilende Führer der spanischen Radikalen, habe sich mit den Carlistern geeinigt und sei von diesen als Oberhaupt des gegen König Alfons von den Ultramontanen und Radikalen geschlossenen Bündnisses anerkannt worden; er leite Alles und Federico gehörte ihm; Geld erhalten er von der rothen Internationale, den Pariser Freimaurerlogen, den Londoner Bibelgesellschaften und außerdem von den Legitimisten durch Vermittlung des bekannten carlistischen Agenten Libmann; ein großer Theil der von letzteren zusammengebrachten Gelder sei indessen schon nutzlos von carlistischen und radikalen Industriellern vergeudet worden. Überhaupt würden diese Unternehmen wohl ohne direkten Erfolg bleiben; doch sei die Madrider Regierung beunruhigt, weil sie fürchte, die Republikaner in Spanien könnten an die Unterstützung Europa's glauben und deshalb zu neuen Schwierigkeiten Anlaß geben. Einiges Wahre ist wohl nach obigem Telegramm an diesen Mitteilungen; daß aber die Londoner Bibelgesellschaften sich an der Verschwörung beteiligen sollten, ist ganz gewiß erdichtet. Von Verhandlungen zwischen den Radikalen Zorrilla's und den Carlistern hatte schon früher verlautet. Die neueste Maßregel der spanischen Regierung, Verhängung des Belagerungs-Zustandes über die baskischen Provinzen und Navarra, mag zum Theil aus der Besorgniß vor neuen carlistischen Anzettelungen entsprungen sein, doch wird die Hauptveranlassung dazu die Gereiztheit der Bevölkerung über die bevorstehende Aufhebung oder Beschränkung der baskischen Sonderrechte sein.

Deutschland.

△ Berlin, 28. Mai. Der Kaiser hat sich heute Nachmittag 2 Uhr zur Anwohnung des Wettermens nach Hohenzollerns gegeben. Damit zerfallen die seit gestern verbreiteten Gerüchte über ein Unwohlsein des Kaisers. — Der Präsident des Reichskanzleramts Delbrück ist gestern Abend in bestem Wohlbefinden von Paris hier eingetroffen. Auch sein Nachfolger, der bisherige Großherzog, Hessische Ministerpräsident Hofmann, befindet sich bereits in Berlin. — Gestern Abend ist auch Herr v. Schloer, der aus München vom Reichskanzler Fürst Bismarck hierher berufen worden, hier eingetroffen. Herr v. Schloer, befamlich früher Chef des bayerischen Handelsministeriums bis zur Auflösung desselben, dann Mitglied des bayerischen Staatsräths und der Abgeordnetenkammer, gilt als eine Autorität in Eisenbahnen-Angelegenheiten und namentlich in allen Tariffragen. — In seiner früheren amtlichen Stellung war Herr v. Schloer Mitglied des Bundesrats, und als solches wußte er sich hier besondere Achtung zu verschaffen. Hierauf gründet sich seine Berufung, um ihn in den großen schwedenden Eisenbahnen zu hören. — Die im künftigen Monat zu Bern stattfindende Konferenz in Sachen der Gotthard-Eisenbahn wird von Deutschland aus nicht beschäftigt werden. Die Reichsregierung hat den Schweizer Bundesrat ersucht, die Interessen Deutschlands bei der Konferenz zu vertreten, da diese sich von den Interessen der übrigen beteiligten Regierungen ohnehin nicht trennen ließen.

* S. M. S. „Vineta“, welches am 14. März ex. die Rhône von Callao verlassen hatte, ist am 15. April ex. Mittags im Hafen von Honolulu eingelaufen und gedachte am 22. derselben Monats die Reise nach Hongkong fortzusetzen. An Bord Alles wohl.

Gegen den wider den Grafen Arnim erlassenen Steckbrief ist Seitens der Vertheidigung Protest eingeleget worden. Letzterer schließt mit dem Gesuch: 1) das Stadtgericht zur Zurücknahme des erlassenen Steckbriefes anzusehen und 2) die Strafollsichtung vorläufig auf weitere sechs Monate aussetzen zu wollen.

Oesterreich-Ungarn.

Prag, 26. Mai. Franz Palacky ist heute Nachmittag gestorben. (W. T.)

Pest, 26. Mai. In der heute Nachmittag stattgehabten Sitzung des Budgetausschusses der österreichischen Delegation erklärte sich der Vertreter des Reichs-Kriegsministeriums, Feldmarschallleutnant Benedek, gegen die von dem Delegirten Sturm gestellten Anträge, betreffend einen Gesamtabschluß bei mehreren Titeln des Heeresbudgets und die Verbilligung eines Zuschlusses zur Verbesserung der Kost für die Mannschaft, und bemerkte namentlich, daß die Regierung auch ein Compromiß, welches auf eine Compensierung des beantragten Abschlusses am Heeresbudget mit der Verbesserung der Kost für die Mannschaft hinauslaufe, für unzulässig halte. Die Regierung könne nur versprechen, daß sie möglichst sparen und

etwaige einzelne Beurlaubungen oder spätere Einberufungen nach Zulässigkeit der Umstände in Betracht ziehen wolle. Bei der Abstimmung wurde der Antrag Sturm's, bei den Titeln 7, 22 und 28 des Heeresbudgets einen Abstrich von zusammen 2 262 600 Fl. vorzunehmen, dagegen einen Zufluß von 1 075 000 Fl. zur Verbesserung der Kost für die Mannschaft zu bewilligen, mit 11 gegen 9 Stimmen angenommen.

— 27 Mai. In der heutigen Sitzung der ungarischen Delegation erwiederte Graf Andrássy auf eine bezügliche Interpellation, er habe dem österreichischen Generalconsul in Belgrad die Weisung ertheilt, gegen das von der serbischen Regierung verfügte Moratorium Vermehrung einzulegen, wenn dasselbe auch für die auswärtigen Schulden Geltung habe. Auf eine Interpellation, betreffend die Ausschließung der österreichisch-ungarischen Papiere von der Lombardierung durch die deutsche Reichsbank, erwiederte Graf Andrássy, er habe in dieser Angelegenheit officiös Schritte bei der deutschen Reichsregierung gethan, dieselbe habe auch ihre Unterstützung versprochen. Jedoch falle diese Angelegenheit in den autonomen Wirkungskreis der Direction der deutschen Reichsbank, und sei ein Zwang seitens der Regierung nicht möglich. Sobald die obwaltenden Hindernisse verschwunden sein würden, werde auch dieser Nebelstand schnell befeitigt werden. Beide Antworten des Grafen Andrássy wurden von der Delegation zur Kenntnis genommen. Auf eine Interpellation des Deputirten Beszedni in der orientalischen Angelegenheit verlangte Graf Andrássy Zeit zur genaueren Erwähnung derjenigen und erklärte, daß er bei dem gegenwärtigen Stande der Dinge kaum auf so viele Fragen antworten können.

Frankreich.

XX Paris, 26. Mai. Der unerwartet friedliche und versöhnliche Ausgang der Paris'schen Interpellation hat den besten Eindruck hinterlassen. Es hat sich dabei herausgestellt, daß die Regierung über eine ansehnliche Mehrheit im Senat nicht minder als in der Kammer verfügt; die Monarchisten sehen sich in die Nothwendigkeit verfehlt zu capitulieren, um einer vollständigen Niederlage zu entgehen; sie geben dadurch ihre Zustimmung zu Dufaure's Erklärung, daß die republikanische Verfassung ganz ebenso als eine definitive zu betrachten ist, wie die amerikanische Verfassung oder wie die Verfassung des Kaiserreichs, in welche auch ein Revisionsartikel aufgenommen war. Als man in Paris erfährt, daß auch die Rechte und selbst Royalisten wie die Franclie für die einfache Tagesordnung gestimmt hatten, ja daß diese Tagesordnung von Paris beantragt worden, glaubte man einen Augenblick, daß Dufaure den Monarchisten irgend ein Zugeständnis gemacht haben müsse. Dem war aber nicht so; der Präsident des Conseils hat die von Nicard und de Marceau ausgesprochenen Grundsätze, welche den Reactionären so großen Anstoß gegeben, vollständig aufrechterhalten, wenngleich nicht in verlebender Weise. Die Monarchisten haben gesiehten, daß sie nichts ausrichten würden, und sie sind zu Kreuze gefroren. Für den künftigen Verlauf der parlamentarischen Ereignisse war dieser Vorfall glückverheißend; auf alle Fälle wird der Lärm mit der Revisionslaufe endlich aufhören müssen. Die Gegner der Republik haben zugesehen müssen, daß diese Klausur nicht den Sinn haben kann, die jetzige Staatsform zu einer provisorischen zu machen. Nach diesem Erfolge hat das Ministerium Dufaure bei der öffentlichen Meinung abermals einen Stein im Brett gewonnen. Man merkt das wohl an der Art, in welcher der neue Verwaltungsschub von den republikanischen Blättern aufgenommen wird. Die Liste der neuen Präfeten, Unterpräfeten, General-Secretäre und Präfektur-Räthe umfaßt zwar 6 Seiten im Amtsblatt und erstreckt sich über 257 Personen, aber sie enthält doch wenig durchgreifende Veränderungen. Das System der „Luftveränderung“ ist auch unter de Marceau's Ministerium in Ehren geblieben. Es werden zwei Präfeten abgesetzt, zwei ehemalige republikanisch gesetzte Präfeten treten wieder in die Verwaltung ein. Sieben General-Secretäre sind abgesetzt, neun, die unter Thiers gedient hatten, werden wieder aufgenommen. Man weiß, daß in Frankreich die General-Secretäre, die sich zu den Präfekten verhalten wie die Unterstaats-Secretäre zu den Ministern, eine wichtige Rolle spielen. Der ausscheidenden Unterpräfeten sind 29; sie gehören zu den am stärksten compromittirten Bonapartisten und Monarchisten. Die republikanische Presse hatte mehr erwartet, und sie ist nicht ganz zufrieden; aber sie spricht ihre Missbilligung in gelinder Weise aus. „Warum fragt die „République“ z. B., müssen die Minister, die in den Kammern so deutlich und entschieden auftreten, in ihren Handlungen Zögerung und Mangel an Consequenz erscheinen lassen?“ Daraüber geht heute dieselbe „République“ wieder den Duc Decazes zu Leibe, weil er im diplomatischen Personal keine Änderungen vornimmt. Besonders in Deutschland und Österreich möchte das Organ Gambetta's Angeklagt der wichtigen Verhandlungen, welche aus der Berliner Konferenz hervorgehen können, die ungenügende französische Vertretung verbessert sehen. Es ist freilich schwer anzunehmen, daß der Duc Decazes, wenn er überhaupt eine derartige Veränderung beabsichtigte, sie gerade in diesem Augenblicke vornehmen würde.

Italien.

Rom, 27. Mai. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer bestätigte der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Melegari, in Beantwortung einer bezüglichen Interpellation die Erhebung der Gesandtschaften in Paris und Petersburg zum Range von Botschaftern und Petersburg zum Range von Botschaftern und fügte hinzu, daß die italienische Regierung dem in der Berliner Konferenz vereinbarten Memorandum beigetreten sei. Sodann erklärte der Minister, er glaube nicht, daß die Ablehnung der englischen Regierung, dem Memorandum beizutreten, die Action der anderen Mächte behindern werde; er hoffe vielmehr, daß die englische Regierung bei der Posten ihren Einfluß dahin geltend machen werde, daß letztere die in Berlin beschlossenen Vorschläge annehme. — Correnti hat, wie heute mit Bestimmtheit verlautet, den Auftrag erhalten, in Paris über den Abschluß eines Zusatzvertrags zu der Basler Convention zu verhandeln; das Ministerium will sodann die Vertretung der in dieser Weise modifi-

zierten Convention vor dem Parlamente übernehmen. — Der Besuch des Kronprinzenpaars am russischen Hof ist nunmehr auf Mitte Juli festgesetzt; dasselbe gedenkt am 17. Juli d. J. in Petersburg einzutreffen. (W. T.)

England.

London, 27. Mai. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses erklärte der Unterstaatssekretär der Colonien, Lowther, auf eine Anfrage Noel's, die englische Regierung beabsichtige nicht, Malacca in ihren Besitz zu bringen. (W. T.)

Smyrna, 26. Mai. Das englische Ge-

schwader ist nach der Besatzung abgegangen.

Danzig, 29. Mai.

* An den 3 Pfingsttagen, den 4., 5. und 6. Juni d. J. werden zwischen Danzig Bahnhof Hohe Thor und Neufahrwasser Extrajüge mit Personenbeförderung in II. und III. Klasse zu ermäßigten Fahrpreisen (zum Preise der einfachen Tour für Hin- und Rücktour) abgelassen werden. Die für diese Züge gelösten Extrajug-Billets haben für die Hin- und Rücktour nur für die Extrajüge selbst Gültigkeit. Abfahrt von Danzig Hohe Thor um 1 Uhr 50 Min. und um 2 Uhr 55 Min. Nachmittags; Rückfahrt von Neufahrwasser um 8 Uhr und um 9 Uhr 5 Min. Abends.

* Die dritte Ausschüttung zwischen Com-

missionen der R. Ostbahn und Delegirten des

Handelsstandes und der landwirtschaftlichen

Centralvereine findet Dienstag den

25. Juli d. J. Vorm. 10 Uhr, in Danzig statt.

Die betreffenden Vorsteherämter der Kaufmanns-

schaft und die landwirtschaftlichen Centralvereine

sind von der Direction der Ostbahn ersucht worden,

etwaige ihrerseits zur Verhandlung zu stellende

Gegenstände bis spätestens den 1. Juli d. J. der

genannten Direction mitzutheilen.

— Personalveränderung in der Armee: Arnold, Pr.-Lt. vom 4. Ostpreß. Gren.-Regt. Nr. 5, zum

Hauptm. und Comp.-Chef. Senger, Sec.-Lt. von

dieselben Regt. zum Pr.-Lt. befördert. Bauer, Pr.-

Lt. vom 3. Bad. Infan.-Regt. Nr. 11, unter Beförde-

rung zum Hauptm. und Comp.-Chef in das 3. Ostpr.

Gren.-Regt. Nr. 4 verfehlt. v. Drygalski, Sec.-Lt. vom 3. Ostpr. Gren.-Regt. Nr. 4, zum Pr.-Lt. be-

fördert. Frhr. v. Meerscheidt-Hüllenseim, bishier

Hauptm. und Comp.-Chef im See-Br. in der

Land-Armee, und zwar als Hauptm. und Comp.-Chef

mit seinem Patent vom 1. October 1869 im 4. Ostpr.

Gren.-Regt. Nr. 5 angefehlt. v. Madeli, Pr.-Lt.

vom 3. Ostpr. Gren.-Regt. Nr. 4, unter Beförde-

rung zum überzähligen Hauptm. von seinem Kommando als

Adjut. der 8. Inf.-Brigade entbunden. Kraemer, Pr.-

Hauptm. und Comp.-Chef vom 3. Ostpr. Gren.-Regt.

No. 4 der Abschluß bewilligt, als Major mit Pension

nebst Aufsicht auf Anstellung im Civilbeamten und der

Regts. Uniform. Kelch, Sec.-Lt. zum Ostpr. Fuß-

-Regt. Nr. 1 zum Preß-Lt. befördert.

* In Sachen der Westpreußischen Eisen-

hütte“ hatte ein Berliner Lithograph und Buchdruckerei-

bisher vor einigen Tagen einen Termin, um auf Re-

quisition der königl. Staatsanwaltschaft in Elbing darüber vernommen zu werden, wer ihm den Prospect

der genannten Aktiengesellschaft überstellt habe, resp.

wurde er zur Ausabhängung des Manuscripts aufgefordert. Sämtliche Mitglieder des Aussichtsrathes in Elbing und ihre Beamten wollten über den Verfaß des Prospectes und über den Verbleib des Manuscripts keine Kenntnis haben.

[Selonle's Theater.] Dem anhaltenden

rainen Wetter ist es wohl eines beobachtens, daß

das Theater sich eines guten Besuchs zu erreichen hat, andernfalls sind es aber auch die neuen Mitglieder,

die durch ihr gewandtes Spiel das Interesse des Publikums zu fesseln wissen. — Dr. Negelein ank bestätigte

die günstige Utheil, das wir wiederbolt an dieser Stelle

ausgeschlossen, gestern wiederum in dem Stücke „Eine unterbrochene Theaterprobe“, in welchem auch Fr. Ritterfeld und Fr. Clair ihre Rollen tüchtig zur Geltung brachten. — In der Oper „Moritz Schnürle“ gab Fr. v. Ritterfeld die Titelrolle sehr hübsch, und Fr. Brose erfreute das Publikum durch seine munteren, naiven Spiel außerordentlich; Fr. Krause (Großkopf) und Fr. Dressler (Ritschel) befriedigten vollkommen.

— Die Stimme des Fr. Weiß ist nur klein aber

aufprechend; das Lied „der Traum“ sang sie gefertigt recht hübsch und erhielt Beifall. — Ein sehr günstige Aufnahme haben sich die Geschwister Popowowska an erfreuen, die auf dem Gebiete des Balletts ganz tüchtiges leisten. — Morgen treten Fr. und Fr. Negelandt zum vorletzen Male auf, und es ist in ihnen diese Vorstellung als Benefiz bewilligt worden. Beide werden an diesem ihrem Ehrenabend gewiß Alles aufbieten, um sich bei ihrem Scheiden von Danzig noch lange in Erinnerung zu halten.

** [Polizeibericht.] Arrestirt wurden: Der

Seefahrer S., weil er von dem Schiffe „Jupiter“ mit

einem Hintervorschuss von 100 M. entlaufen ist; der

Arbeiter S. wegen Steinkohlen-Diebstahls; der

Schlosserwirth B., weil er seinem Lehrmeister S. eine

Kornflasche gestohlen hat; der Postillon B. wegen

rahestrenden Arms und thäthlichen Angriffs gegen einen Wachmann; der Matrose J. in Neufahrwasser

hat vorgerückt und gefangen eingezogen. — Die Witwe R.

hat vorigestern eine Geldtasche mit 80 M. Inhalt ver-

loren, die Arbeiterin B. fand diese Tasche und eignete

sie sich an. — Im September v. J. wurde dem Stall-

knecht B. hier selbst aus seiner verschlossenen Kammer

</

Beilage zu Nr. 9756 der Danziger Zeitung.

Danzig, 29. Mai 1876.

Herrenhaus.

13. Sitzung vom 27. Mai.

1 Uhr. Fortsetzung der Beratung über die Petitionen mehrerer Bewohner Westfalens, betreffend die Erteilung des Religionsunterrichts in den katholischen Volkschulen. Die Petitionscommission beantragt Übergang zur Tagesordnung. Dagegen beantragt v. Kleist-Reckow, die Petitionen der Staatsregierung zu der Erwähnung zu überreichen, daß zur Verwirklichung der die Kirche aufstellenden Leitung des Religionsunterrichts derselben bei Prüfung der Fähigkeit der Lehrer zur Erteilung des Religionsunterrichts eine entsprechende Mitwirkung zu gestatten, und dem als Organ der Kirche zur Leitung jenes Unterrichtes anerkannten Pfarrer die Berechtigung zuzuerkennen ist, gegebenenfalls den Unterricht selbst zu übernehmen. — Geh. Rath Stauder: Die Ministerialverfügung vom 18. Feb. d. J. hat, was auch die Gegner zugeben müssen, wesentliche Zugeständnisse im dem bisherigen Verfahren der Bezirksregierungen Mildeurungen herbeigeführt. Wenn der Minister nicht allen Wünschen derselben gerecht werden könnte, so ist das einfach die Consequenz der gesetzlichen Bestimmungen, die mit zwingender Nothwendigkeit verlangen, daß der Religionsunterricht als obligatorischer Gegenstand des Schulunterrichts nur im Auftrage des Staates von den vom Staate Berufenen und Zugesassen ertheilt werden könne. — v. Kleist-Reckow: Wenn man mitten im Culturfampe steht, so mag es allerdings außerordentlich schwer sein, von dem eingeschlagenen Wege auch nur einen Schritt abzuweichen. Obwohl wir nun leider Gottes auf der schiefen Ebene dieses Weges schon weit genug gekommen sind, bin ich doch überzeugt, daß bei ernstlich gutem Willen auf beiden Seiten, sowohl auf der des Cultusministers wie der Bischofe, indem man gewisse Dinge für einen Augenblick ignoriert, in der hier in Frage stehenden Angelegenheit ein leidlicher Zustand hergestellt und ein Abkommen mit den Bischofsen getroffen werden kann, wonach den Wünschen der Petenten im Wesentlichen Genüge geschieht. — Graf Brüll: Ich kann natürlich in das Innere des Ministers nicht hineinschauen; aber mit dem, was er Zugeständnisse nennt, kann die katholische Kirche in Preußen absolut nicht bestehen. Wie soll es die katholische Kirche dulden können, daß man ihren Religionsunterricht von Lehrern ertheilen läßt, die nicht mehr in dem Rufe der Katholizität stehen? Wenn man uns die Geistlichen als Lehrer des Religionsunterrichts in den Schulen raubt, so werden die Mütter des Volks selbst ihren Kindern den Religionsunterricht lehren; möge sich aber dann die Regierung nicht wundern, wenn bei diesem Religionsunterricht gewisse Kapitel der Unterthanentriebe, die man jetzt noch den Kindern beibringt, ausgemerzt werden. — Baron v. Senfft: Der Staatsrechtslehrer Bacharias erklärt die ganze heutige liberale Gelehrte und insbesondere die des Culturfampfes für heillos und verwerflich. Wir leben heute bereits in einem Zustand der Verwirrung. Die Zahl der Vagabunden nächst in furchtbare Weise, die Nordhafen und Diebstähle nehmen täglich zu, und in einer solchen Zeit macht man Culturfampfgelehrte? Möge die Regierung doch endlich auf diesem verderblichen Wege umkehren, und möge das Haus einen Fingerzeig zu dieser Unfahrt geben, indem es den Auftrag Kleist annimmt. —

Nachdem der Berichterstatter Justizrat Wever den Antrag der Kommission auf Übergang zur Tagesordnung nochmals befürwortet, wird derselbe angenommen.

Die Petition des emeritirten Pastors Böttcher und Genossen zu Cottbus wegen Verbesserung der Lage der emeritirten Prediger wird der Regierung zur Kenntnisnahme und Erwägung überwiesen. — Nächste Sitzung: Montag.

Vermischtes.

— In Kopenhagen hat man eine ebenso schöne als einfache Einrichtung getroffen, den Kindern unmittelbar Eltern während der Sommerferien den Aufenthalt in wohlhabenden Häusern zu ermöglichen, damit auch für sie diese Zeit im wahren Sinne des Wortes eine Erholungszeit sei. Zu dem Zweck wird jedoch einige Zeit lang vor Beginn der Ferien eine Aufforderung an die benannten Einwohner Dänemarks erlassen, dahn gehend, die Befestigung und Unterhaltung je eines oder einiger Kinder auf diese Zeit zu übernehmen. In der Regel laufen genügende Anbietungen menschenfreundlicher Seelen ein, so daß zur bestimmten Zeit sämtliche armen Schulkinder Kopenhagens bei guten Menschen in der Stadt selbst oder in Kopenhagens Umgebung freundliche Aufnahme finden, um jedenfalls leiblich, vielleicht auch geistig gestärkt nach abgelaufener Frist zur Weiteranlaufschule zurückzuführen. Zur Erleichterung der Durchführung dieses edlen Werkes ist den Kindern von sämtlichen Bahnen und Dampfschiff-Gesellschaften im ganzen Staate freie Fahrt gewährt.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Frankfurt, a. M., 27. Mai. Effecten-Societät. Creditactien 109%, Franzosen 211%, Lombarden 63%, Salzher — Reichsbank —, 1860er Loope 96, Silberrente 56%. Wenig Geschäft. Bremen, 27. Mai. Petroleum. (Schlußbericht.) Standart white locc 11,75, ^{per} Juni 11,70, ^{per} Juli 11,90, ^{per} August-Dezember 12,65. Sehr fest. Amsterdam, 27. Mai. [Getreide markt.] (Schlußbericht.) Weizen ^{per} Novbr. 312. — Roggen ^{per} Mai 190. Wien, 27. Mai. (Schluß-Course.) Papierrente 64,85, Silberrente 68,70, 1854r Loope 104,50, Nationalb. 824,00, Nordbahn 1810, Creditactien 131,90, Franzosen 255,00, Galizier 189,50, Kaschau-Oberberger 88,50, Pardubitzer —, Nordwestbahn 127,50, do. Lit. B. —, London 121,30, Hamburg 58,90, Paris 47,85, Frankfurt 58,90, Amsterdam 99,80, Creditloose 155,00, 1860r Loope 106,90, Lomb. Eisenbank 75,00, 1864r Loope 181,50, Unionbank 55,60, Angle-Austria 63,60, Napoleon 9,64%, Dufaten 5,71%, Silbercoupons 102,70, Elisabethbahn 140,50, Ungarische Prämienvloose 68,00, Deutsche Reichsbanknoten 59,32%, Türkische Loope —. London, 27. Mai. [Schluß-Course.] Consols 94%, 5% Italienische Rente 70%, Lombarden 6%, 3% Lombarden-Prioritäten alte 9, 3% Lombarden-Prioritäten neue 8%, 5% Russen de 1871 91%, 5% Russen de 1872 90%, Silber 52. Türkische Anleihe de 1865 9%, 5% Türke de 1869 10, 6% Vereinigte Staaten ^{per} 1885 104, 6% Vereinigte Staaten 5% fundirte 105%. Österreichische Silberrente —. Österreichische Papierrente —. 6%

London in Gold 4 D 87 1/2 C, Golddagio 13 1/2, 6% Bonds ^{per} 1885 115, do. 5% fundirte 116%, 6% Bonds ^{per} 1887 121 1/2, Griebahn 13 1/2, Central-Pacific 108, New-York Centralbahn 110. Höchste Notierung des Golddagios 13 1/2, niedrigste 12%. — Waarenbericht. Baumwolle in New-York 11 1/2%, do. in New-Orleans 11 1/2%, Petroleum in New-York 14 1/2%, do. in Philadelphia 14 1/4%, Mehl 5 D. 25 C, Rothen Frühjahrswiesen 1 D 34 C, Mais (old mixed) 60 C. Buder (fair refining Muscovados) 7%, Kaffee (Rio-) 16%, Schmalz (Vieite Wilcoy) 12% C, Spec (short clear) 10 1/2 C. Getreidebrach 7%.

Königsberg, 27. Mai. [Spiritus.] Wochenbericht. (v. Portius u. Grothe.) Spiritus ist bei guter Kaufstferner etwas gestiegen, und bezahlte man Locowaare 53 bis 53 1/2 M. ^{per} Juni 53 bis 53 1/2 M. Juli 53 1/2 M. August 54 bis 54 1/2 M. September 54 bis 54 1/2 M. October 53 M. pro 10 000 fl. ohne Fas, wozu Geld bleibt.

Stettin, 27. Mai. Weizen ^{per} Mai-Juni 219,00 M. ^{per} Juni-Juli 219,00 M. ^{per} September

ungarische Schatzbonds 180 1/2, 6% ungarische Schatzbonds 2. Emisjion 76, 5% Spanier 12 1/2, 5% Peruani 17 1/2%. Blaibiscont 1 1/2%.

Liverpool, 27. Mai. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umfass 5000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. — Middle Orleans 6 1/2, middling amerikanische 5 1/2, fair Dholera 4%, middl. Dholera 4 1/2, good middl. Dholera 3 1/2, middl. Dholera 3%, fair Bengal 4%, good fair Broach,

new fair Doma 4%, good fair Domre 4%, fair Madras 4, fair Pernam 6%, fair Smirna 5 1/2, fair Egyptian 5 1/2%. — Unverändert. Amerikaner Aufsätze festiger.

Paris, 27. Mai. (Schlußbericht.) 3% Rente 66,82%. Anteile de 1872 103,87%. Italiensche 5% Rente 71,30. Ital. Tabaks-Aktionen —. Italiensche Tabaks-Obligationen —. Franzosen 536, 25. Lombardische Eisenbahn-Aktion 158,75. Lombardische Prioritäten 227,00. Türken de 1865 10,10. Türken de 1869 52,00. Türkensee 31,25. Credit mobiler 142. Spanier extér. 12,81, do. inter. 12,00. Suezcanal-Aktion 392. Banque ottomane 330. Société générale 520. Egypten 191. Crédit foncier 648. — Wechsel auf London 25,25. — Börse war auf Londoner Course sehr matt, schloß aber besser.

Paris, 27. Mai. Productenmarkt. Weizen steig, ^{per} Mai 29,50, ^{per} Juni 29,50, ^{per} Juli-August 30,00, ^{per} September-Dezember 31,00. Mehl fest.

Paris 767,1 NW schwach b. bed.

Paris 764,3 NW leicht

Paris 765,3 NW mäßig wolfig

Copenhagen 766,3 NW mäßig wolfig

Christiania 767,3 NW mäßig wolfig

Hamburg 768,3 NW leicht

Stockholm 769,0 SW leicht

Petersburg 770,6 SSW leicht

Moskau 772,0 NW leicht

Wien 773,9 NW schwach b. bed.

Nemel 774,6 NW frisch b. bed.

Neufahrwasser 775,4 NW frisch

Swinemünde 776,3 NW leicht

Hamburg 776,8 NW mäßig wolfig

Sylt 777,4 NW stark

Trefeld 778,1 NW leicht

Carlsruhe 778,7 NW mäßig

Berlin 779,1 NW stark

Leipzig 782,5 NW stark

Breslau 786,5 NW frisch

1) See rubig. 2) See ruhig. 3) Seegang mäßig.

4) Seegang mäßig. 5) See rubig. 6) Gestern regnerisch. 7) Gestern klar. 8) Gestern Regen. 9) Gestern Regen. 10) Nachts Sturm und Regen.

Barometer in ganz Europa, namentlich in Holland und im nordwestlichen Deutschland, gestiegen. Das barometrische Minimum ist nordostwärts weitergerückt, und die unter seinem Einfluß stehenden Nordwest-Winde wehen an den deutschen Küsten und im Skagerak meist frisch oder stark, im Binnenlande und in der nördlichen Ostsee leicht bis mäßig; München hat förmlichen W. im Canal herrenleiche nördliche Winde. Temperatur in Südbost-Osteuropa etwas abgenommen, sonst etwas gestiegen. In Südböhmen, Ostdeutschland und Österreich Wetter klar oder heiter, im übrigen Europa größtentheils wolfig oder trüb, gestern und Nachts an vielen Orten regnerisch.

Deutsche Seewarte.

October 222,00 M. — Roggen ^{per} Mai 161,50 M. ^{per} Mai-Juni 163,50 M. — Rüböl 100 Kilogr. ^{per} Mai 66,50 M. ^{per} September-October 64,00 M. — Spiritus loco 52,00 M. ^{per} Mai-Juni 52,00 M. ^{per} Juni-Juli 52,00 M. — See Juli-August 53,00 M. — Rübien ^{per} Herbst 295,00 M. — Petroleum loco und ^{per} Mai-Juni 12,80 M. ^{per} Herbst 12,10.

Kartoffelstärke.

Berlin, 27. Mai. Bezahl wurde für Prima centrifugirte chemisch reine Kartoffelstärke und Mehl auf Horden getrocknet, disponibel und ^{per} Mai-Juni 12,75-13,25 M. Prima Kartoffelstärke ohne Centrifuge gearbeitet, chemisch gebleicht oder mechanisch getrocknet, disponibel und ^{per} Juni 12,50-12,60 M. Prima Mittelqualitäten disponibel 11,75 bis 12 M. secunda disponibel 10,75 bis 11,25 M. tertia und schlammtrüben 4-6 M. Alles ^{per} Mai 50 Kilogr. (Schl. Stg.)

Meteorologische Depesche vom 28. Mai.

Barometer. Wind. Wetter. Temp. o. Bm.

7 Thurso — — — —

7 Valentia — — — —

7 Plymouth — — — —

8 St. Mathieu — NNO leicht wolfig 14,0 1)

8 Paris 767,1 NW schwach b. bed. 13,1

8 Helgoland 768,3 NW leicht

8 Copenhagen 769,3 NW mäßig wolfig 10,1

8 Christiania 770,3 NW mäßig wolfig

8 Hamburg 771,8 NW stark

8 Stockholm 773,0 NW mäßig

8 Petersburg 774,6 NW leicht

8 Moskau 776,0 NW leicht

8 Wien 777,9 NW schwach b. bed. 9,4

8 Nemel 778,6 NW frisch b. bed. 8,6 3)

8 Neufahrwasser 779,4 NW frisch

8 Swinemünde 780,3 NW leicht

8 Hamburg 781,8 NW mäßig wolfig 10,6 6)

8 Sylt 782,5 NW stark

8 Trefeld 783,1 NW leicht

8 Carlsruhe 784,7 NW mäßig

8 Berlin 785,1 NW stark

8 Leipzig 786,5 NW frisch

8 Breslau 789,5 NW frisch

1) See rubig. 2) See ruhig. 3) Seegang mäßig.

4) See rubig. 5) See ruhig. 6) Gestern regnerisch. 7) Gestern klar. 8) Gestern Regen. 9) Gestern Regen. 10) Nachts Sturm und Regen.

Barometer in ganz Europa, namentlich in Holland und im nordwestlichen Deutschland, gestiegen. Das barometrische Minimum ist nordostwärts weitergerückt, und die unter seinem Einfluß stehenden Nordwest-Winde wehen an den deutschen Küsten und im Skagerak meist frisch oder stark, im Binnenlande und in der nördlichen Ostsee leicht bis mäßig; München hat förmlichen W. im Canal herrenleiche nördliche Winde. Temperatur in Südbost-Osteuropa etwas abgenommen, sonst etwas gestiegen. In Südböhmen, Ostdeutschland und Österreich Wetter klar oder heiter, im übrigen Europa größtentheils wolfig oder trüb, gestern und Nachts an vielen Orten regnerisch.

Deutsche Seewarte.

Dr. Pattison's Gichtwatte

Indert sofort und heilt schnell Gicht und Rheumatismen aller Art, als: Gesichts-, Brust-, Hals- und Bahnsmerzen, Kopf-, Hand- und Kniegicht, Gliederreihen, Rücken- und Lendenreihen. In Packen zu 1 Mark und halben zu 60 Pf. Bestellungen nehmen entgegen:

W. G. Bureau, Langgasse 39 in Danzig, Richard Lenz, Brodbankeng. 48 in Danzig

Ein feiner Berliner Halbwagen und ein offener Wagen zur Jagd, letzterer für

